



Fehler liegt im System des Verfassungsschutzes

Zwischenbericht des NSU-Untersuchungsausschusses - Sondervotum der LINKEN

Für großes Medieninteresse hatte die Pressekonferenz des NSU-Untersuchungsausschusses am 11. März im Thüringer Landtag zur Vorstellung seines Zwischenberichts, der zuvor an Landtagspräsidentin Birgit Diezel übergeben worden war, gesorgt.

Das 553 Seiten umfassende Dokument mit dem vorläufigen Resümee aus 31 Sitzungen des Untersuchungsausschusses, der bisher 55 Zeugen vernommen hat und dem von der Landesregierung bis dato etwa 5.000 Akten übergeben wurden, befasst sich mit der Zeit bis zum Untertauchen des NSU, also „der Zeit der ungeteilten Verantwortung Thüringens“, wie die Ausschussvorsitzende Dorothea Marx (SPD) betonte und zusammenfasste: „Die Gefahren wurden nicht gesehen und verharmlost.“

Die beiden Vertreter der Fraktion DIE LINKE im Untersuchungsausschuss, Martina Renner (stellvertretende Ausschussvorsitzende) und Katharina König, legten ein Sondervotum vor. Abweichungen zu den Einschätzungen im Zwischenbericht gebe es besonders in der Bewertung der gesellschaftlichen Situation und des behördlichen Handelns in den 90er Jahren in Thüringen. Martina Renner hob auf der Pressekonferenz die in der Gesellschaft verbreiteten rassistischen Ressentiments im Kontext von Asyldebatte, Extremismustheorie und Diskreditierung von Engagement gegen Rechts hervor.

Dabei führte „die Rechts-Links-Gleichsetzung zur Verharmlosung der neonazistischen Gefahren – man hat bewusst den Blick nach Rechts verstellt und den Blick nach Links geschärft“, sagte die LINKE Politikerin.

Sie betonte, dass „der Fehler im System Verfassungsschutz“ liege. Gera-

Im Vorfeld der Pressekonferenz hatten Martina Renner und Katharina König zugleich unterstrichen: „Der Zwischenbericht kommt in vielen Punkten zu richtigen und nicht zu beanstandenden Ergebnissen und Wertungen, denen wir uns vorbehaltlos anschließen können. Dennoch ist es uns wichtig,



de Spitzel des Inlandsgeheimdienstes halfen dabei, dass sich die Neonazi-Szene festigen und vernetzen konnte. Spitzel waren nicht selten Neonazis, die Radikalisierungsprozesse beförderten, als führende Persönlichkeiten in Neonazi-Strukturen agierten und die zudem noch durch Steuergelder alimentiert wurden.

Martina Renner sagte mit Blick auf die weitere Arbeit des Untersuchungsausschusses: „Wir drängen darauf, dass Zeugen öffentlich vernommen und uns die Akten vollständig und ungeschwärtzt vorgelegt werden.“

dort, wo abweichende Auffassungen bestehen, diese auch transparent dem Parlament und der Öffentlichkeit vorzulegen.

So kommen die beiden Abgeordneten auch „zu einer deutlicheren Bewertung der Auflösung der SoKo Rex und der Einstellung des so genannten Strukturermittlungsverfahrens gegen den THS, die auch aus damaliger Sicht ein erhebliches Versagen der Ermittlungsbehörden darstellt, die zudem bei der rechtlichen Beurteilung damals aktueller höchstrichterlicher Rechtsprechung widersprach.“

KOMMENTIERT:

von Matthias Bärwolff

Das ist nicht gerecht

Zweifellos haben wir einige Probleme in der Familienpolitik. Die 200 Milliarden Euro, die jährlich in der Bundesrepublik für die Familien ausgegeben werden, kommen ja zum größten Teil über die Steuererklärung von den Finanzämtern. Darin liegt doch schon eine der großen Ungerechtigkeiten, dass die Kinder von Eltern, die mehr verdienen, mehr bekommen und die Kinder von Eltern, die weniger oder gar nichts verdienen, die bekommen eben auch gar nichts.

Eine solche Familienpolitik ist nicht gerecht und kann auch nicht gerecht sein. Normalverdiener bekommen Kindergeld, wer eine Steuererklärung macht und Kinderfreibeträge in Rechnung stellt, bekommt meist wesentlich mehr. Wer im Niedriglohnbereich arbeitet, aufstocken muss und Hartz-IV-Leistungen erhält, bekommt nicht mal das Kindergeld. Das ist der Punkt, wo jedoch die Ungerechtigkeit sehr, sehr deutlich zutage tritt, denn die Kinder können doch nichts dafür. Aber wir als Gesellschaft vermitteln den Kindern permanent den Eindruck, dass uns einige mehr wert sind und andere weniger. Und dann versuchen wir, das über eine Sozialpolitik wieder zu korrigieren, indem wir Kinderarmut bekämpfen und indem wir Programme auflagen wie „Titian“ und andere Dinge, die alle gut und richtig sind.

Aber das Kernproblem, das ist in der Tat auf Bundesebene. Die Familienpolitik in Deutschland ist sozial ungerecht. Beispielsweise die Frage Elterngeld: Elterngeld bekommen nur diejenigen, die ordentlich verdienen. Diejenigen, die kein Geld bekommen, die nicht arbeiten, die bekommen auch kein Elterngeld. Das Gleiche beim Kindergeld. Das Gleiche auch beim Betreuungsgeld. Die Sozialverbände, beispielsweise der Paritätische Wohlfahrtsverband, haben schon vor Jahren Konzepte erstellt zum Thema Kindergrundsicherung. Diese Modelle, diese Ansätze sprechen doch für mehr soziale Gerechtigkeit. Das restliche Geld von diesen 200 Milliarden Euro, was nicht für die Kindergrundsicherung aufgewendet werden soll, das muss natürlich in institutionelle Bildungseinrichtungen gehen, in den Ausbau der Kindergartenstruktur, in den Ausbau der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, sodass diese Angebote eben auch für alle vorhanden sind.

Aus der Rede des Abgeordneten im Landtag am 14.2.2013

AKTUELL

Fukushima mahnt zur Energiewende

Am Montag, den 11. März, hatte sich die Reaktorkatastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima zum zweiten Mal geäußert. Im Vorfeld hatte dazu der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, erklärt:

„An diesem Tag gedenken wir der Opfer der Atomkatastrophe. Wir appellieren, es nicht zum nächsten Super-GAU kommen zu lassen und den Ausbau regenerativer Energien entschieden voranzutreiben anstatt auszubremsen.“

Angesichts der unzähligen Pannen, der Unfälle und Super-GAUs in Atomkraftwerken auf der ganzen Welt und der hochgefährlichen Hinterlassenschaften der Kernenergie müsse die Energiewende konse-

quenter vorangebracht werden. „Die Energieversorgung der Zukunft muss dezentral, regenerativ und sozial gestaltet sein“, unterstrich Bodo Ramelow. Energie sollte dort verteilt und verbraucht werden, wo sie entsteht. „Thüringen kann wichtiger Vorreiter und Beispiel gebend für diesen Systemwechsel sein.“

Bisher war Thüringen ein Energieimportland, d.h. Energie wurde größtenteils aus anderen Ländern eingekauft. „Durch die Kommunalisierung der Stromnetze sind wir auf einem guten Weg, langfristig die komplette Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien anlegen zu können. Das schafft Arbeitsplätze, stärkt regionale Wertschöpfung und durchbricht die schädliche Allmacht und unsoziale

Preistreiberei der Energiekonzerne“, betonte der LINKE-Politiker. Bodo Ramelow appellierte an die Thüringer Landesregierung, endlich einen klugen Masterplan für die Energiewende auf den Weg zu bringen und öffentlich zu diskutieren.

Dabei müssten alle Segmente, von der Energieerzeugung, über die Verteilung bis hin zum Verbrauch, zusammengefasst betrachtet werden. „Jetzt beginnt die eigentliche Kärnnerarbeit, in deren Mittelpunkt immer der Nachhaltigkeitgedanke stehen muss“, sagte der Fraktionsvorsitzende. Er verwies auf das Konzept der LINKEN mit dem Titel „Energiewende statt grüner Kapitalismus“, das eine Diskussionsgrundlage für ein Thüringer Gesamtkonzept sein könne.

KURZ UND PRÄGNANT

Verbrauchertäuschung

Vor dem Hintergrund anhalten der Lebensmittelskandale prangen die Abgeordneten der Linksfraction im Thüringer Landtag, Dr. Johanna Scheringer-Wright und Diana Skibbe, die Landesregierung an, durch Einsparung bei Kontrollen das System in den Bereichen Futtermittel, Veterinär und Lebensmittelsicherheit an den Rand der Funktionsfähigkeit zu bringen. Seit Jahren gehe es nur darum, über Zusammenlegung von Ämtern, Veränderungen im Personalaufbau und Auslagerungen Stellen einzusparen.

Johanna Scheringer-Wright sieht auch die Zertifizierungsstellen in der Pflicht, immer wieder nachzuprüfen, ob die Produktion den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Nicht hinnehmbar sei auch, dass sich offenbar die Ermittlungen in den Betrieben, die unter Verdacht stehen, falsch deklariert zu haben, so in die Länge ziehen. Verbraucher entscheiden sich sehr bewusst für Bio-Lebensmittel. Sie geben dafür mehr Geld aus, weil sie glauben, damit etwas in Richtung gesunder Ernährung und nachhaltiger Landwirtschaft zu bewirken. „Wenn aber das Bio-Siegel keine Sicherheit für Bioprodukte mehr gibt, weil die gesetzlichen Vorgaben ignoriert werden, dann sprechen wir von Betrug an den Verbrauchern“, so Diana Skibbe. ■

Ein Versammlungsgesetz für Thüringen?

Auf Einladung der Linksfraction im Thüringer Landtag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen diskutierten Anfang März ExpertInnen und Interessierte auf einer Fachtagung „Ein Versammlungsgesetz für Thüringen?“ über die seit dem Jahr 2006 bestehende Möglichkeit der Bundesländer, das Versammlungsrecht selbst in einem Landesgesetz auszugestalten.

Mit der Föderalismusreform wurde das Versammlungsrecht aus dem Bereich der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes gestrichen. In den Ländern, die bislang noch nicht von ihrer Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht haben, gilt das bisherige Versammlungsgesetz des Bundes fort. Bislang haben lediglich Bayern, Sachsen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt von der Möglichkeit Gebrauch gemacht. Einigkeit bestand darin, dass die bisherigen Landesversammlungsgesetze nicht zu einer Verbesserung und Modernisierung beigetragen haben. Mit den Gesetzen in Bayern, Sachsen und Niedersachsen beschäftigen sich zum Teil noch immer die Verfassungsgerichte der Länder

bzw. des Bundes. Unstrittig auf der Fachtagung war ebenso, dass die gesetzliche Ausgestaltung eines Grundrechtes nicht landesspezifisch und damit unterschiedlich erfolgen sollte. Nur sei eben dieser „Zug abgefahren“ und es müsse nun bewertet werden, ob – entsprechende politische Mehrheitsverhältnisse vorausgesetzt – landesgesetzliche Regelungen, die die eher versammlungsfreundliche Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes berücksichtigen, dazu beitragen können, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit als Ausdruck der Meinungsfreiheit und der gesellschaftspolitischen Partizipation der Bürger zu stärken.

„Protest bringt Unruhe, aber Protest gehört zur Demokratie“, so Dr. Elke Steven, Soziologin beim Komitee für

und andere abschreckt, ihr Grundrecht wahrzunehmen. Beide machten deutlich, es hat positive Veränderungen gegeben, aber sehr personenabhängig und regional unterschiedlich.

Auf der Fachtagung stellte Prof. Dr. Christoph Enders, Uni Leipzig, einen durch den Arbeitskreis Versammlungsrecht im Jahr 2010 in Reaktion auf die Föderalismusreform erarbeiteten Musterentwurf für ein Versammlungsgesetz vor. Wissenschaftler und Praktiker, so der frühere Bonner Polizeipräsident Kiesel, wollen damit die öffentliche Debatte um die Versammlungsfreiheit befördern. Ziel sei es, mit dem Musterentwurf zu einer weitestgehenden Vereinheitlichung des Versammlungsrechts beizutragen. Zudem sollen die polizeilichen Befugnisse rechtssicher formuliert und nicht den Landespolizeigesetzen überlassen werden, weil deren Zulässigkeit immer im Lichte des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit geprüft und bewertet werden müsse. So finden sich im Musterentwurf Regelungen zu polizeilichen Vorkontrollen und zu Bild- und Tonaufnahmen, die, obwohl nicht per se „polizeiunfreundlich“, sehrwohl das Grundrecht schützend ausgestaltet sind. Enders, obwohl auch Befürworter eines bundeseinheitlichen Versammlungsrechts, betonte aufgrund der in naher Zukunft unverändert bleibenden Gesetzgebungskompetenz die Position, das Versammlungsrecht neu zu gestalten – unabhängig davon, welches Gesetz zur Anwendung komme, Voraussetzung seien immer „gesetzes-treue Beamte“.

Der rechtspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen, Klaus Bartl, stellte die Gesetzesgenese des sächsischen Versammlungsgesetzes und die daraus folgende Klage vor dem Verfassungsgericht vor. Er bezeichnete das grundrechtseinschränkende Gesetz als „Lex Dresden“. Damit werde die Versammlungsfreiheit, sich gegen Neonazis jedes Jahr im Februar zur Wehr zu setzen, eingeschränkt. Dies veranlasste die innenpolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraction, Martina Renner, zu warnen, selbst als Opposition gesetzgeberisch aktiv zu werden und damit den Regierungsfractionen eine Vorlage zu liefern, das Versammlungsrecht einzuschränken. Dann müsse die Versammlungsfreiheit erst im Nachgang durch langwierige Prozesse vor dem Verfassungsgericht zurück erstritten werden.

In Auswertung der Fachtagung, an der neben Vertretern von zivilgesellschaftlichen Bündnissen auch Vertreter der Thüringer Polizei teilnahmen, wird sich daher die Fraktion intensiv mit der Frage beschäftigen, ob und zu welchem Zeitpunkt eine parlamentarische Initiative für ein Landesversammlungsgesetz sinnvoll und angeraten ist. Einen Beitrag für eine längst überfällig zu führende Debatte um das Thema Versammlungsfreiheit und politische Partizipation konnte die Tagung in jedem Falle bereits setzen. Lars Geiger ■



Grundrechte und Demokratie, die auf die Bedeutung des Versammlungsrechts als Grund- und Menschenrecht hinwies. Für BürgerInnen sei es, neben der Teilnahme an Wahlen, oft die einzige Möglichkeit, auf die politische Diskussion Einfluss zu nehmen. Als Beispiel nannte sie auch die Gegendemonstrationen bei Neonazi-Aufmärschen – „ohne sie würde über diese Frage nicht so intensiv gesellschaftlich diskutiert“.

In der Eröffnung der Fachtagung betonte der Vorsitzende der Linksfraction Bodo Ramelow das Versammlungsrecht als „Teil gelebter Demokratie“. Aber mit Blick auf die versammlungsrechtliche Praxis in Sachsen beim jährlichen Neonaziaufmarsch im Februar und sich darin anschließender Rechtssprechung gebe es „seltsame Fehlentwicklungen“. In der Diskussion wurde deutlich, dass zunehmend durch staatliches Agieren die Versammlungsfreiheit in Frage gestellt wird. Dr. Elke Steven verwies auf die pauschalen Verbote von Demonstrationen und Mahnwachen gegen die europäische Krisenpolitik im Mai 2012 in Frankfurt/Main.

Die Jenaer Rechtsanwältin Kristin Pietrzyk und Steffen Dittes, Mitarbeiter der LINKE-Landtagsfraction, (s. Foto) verwiesen auf die versammlungsrechtliche Praxis in Thüringen. Während Pietrzyk die z. T. rechtswidrige Beauftragung der Versammlungsbehörden beschrieb, verwies Dittes auf das polizeiliche Agieren, das durch verdachtslose Vorfeldkontrollen und Bild- und Tonaufnahmen VersammlungsteilnehmerInnen einem Generalverdacht aussetzt

Volksbegehren: Die Hürden des Gerichts

Am 27. Februar wurde nach der Klage der Landesregierung vom Dezember 2011 über das Volksbegehren für sozial gerechte Kommunalabgaben der Bürgerallianz vor dem Thüringer Verfassungsgericht verhandelt. Bei der Vielzahl der Interessenten im Verhandlungssaal 101 in Weimar mussten erst zusätzliche Stühle beschafft werden.

Dass so viele Zuhörer gekommen waren, zeigt, dass die Themen Straßenausbaubeiträge und Abwasserbeiträge noch nicht abschließend mit den Bürgern diskutiert sind. Die Anhörung erfolgte in einer konstruktiven und sachlichen Atmosphäre. Dabei wies das Gericht darauf hin, dass für die echte Mitbestimmung des Volkes hohe Hürden gesetzt seien. Hier bezog sich der Vorsitzende Verfassungsrichter, Dr. Hartmut Schwan, auf die Begründung des Gesetzesvorschlages der Bürgerallianz. Da die letzte Entscheidung der Bürger auf dem Stimmzettel „JA“ oder „NEIN“ sei, müsse die Begründung so konkret sein, dass jeder abstimmen könne ohne sich vertiefend in das Thema einzuarbeiten. Dieser Hinweis des Gerichts konnte durch die Vertrauensperson des Volksbegehrens, Peter Hammen, und den Beistand MdL Frank Kuschel entkräftet werden, da keine gesetzlichen Vorgaben für die Begründung bestehen sowie der Text durch die Landtagspräsidentin nach erfolgter Prüfung genehmigt wurde und

auch an juristische Laien keine höheren Anforderungen als an die Landesregierung oder den Landtag gestellt werden dürften. Der in Artikel 82 der Landesverfassung vorgegebene Rahmen, dass Volksbegehren nicht zum Landeshaushalt, zu Dienst- und Versorgungsbezügen, Abgaben und Personalentscheidungen erfolgen dürften, war Schwerpunkt der Erörterung. Hier sieht die Landesregierung den Willen der Bürgerallianz, den Bereich des Abwassers und der Straßenausbaubeiträge neu zu regeln, als einen Verfassungsverstoß.

In der Erwiderung für die Bürgerallianz verwies Frank Kuschel darauf, dass durch das angestrebte Volksbegehren das Risiko durch Mehrbelastung für die kommunalen Haushalte nicht besteht und damit die Intension der Verfassung beachtet wurde, denn die Einschränkung zum Abgabenvorbehalt habe lediglich das Ziel, zu verhindern, dass sich Bürger per Volksbegehren von unliebsamen Zahlungen befreien. Die von der Landesregierung vorgetragene Einschränkung des Abgabebegriffs lasse sich weder aus der Verfassungsgeschichte noch aus dem Wortlaut erklären. Die Entscheidung über die Klage der Landesregierung wird aller Voraussicht nach am 10. April im Thüringer Verfassungsgerichtshof verkündet und damit entschieden, ob das Volksbegehren zulässig ist. Alexander Klein ■